



Sozialdemokratische Partei  
Theaterstrasse 7  
6003 Luzern  
Tel: 041 311 05 85  
Fax: 041 311 05 86  
Mail: info@sp-luzern.ch

## Medienmitteilung der SP Kanton Luzern zur Reform 06

**Die „Reform 06“ ist eine der Quittungen für die bürgerliche Finanzpolitik der letzten Jahre. Die „teilweise einschneidenden Massnahmen“ (RR Bühlmann) sind direkte Folge der Steuersenkungen seit 2002. Diese Massnahmen schaden der Mehrheit der Bevölkerung.**

### Hintergrund der Reform 06

Im Kanton Luzern folgt ein Leistungsabbau-Paket dem anderen. Dieser Abbau von staatlichen Leistungen ist direkte Folge der Finanzpolitik des Kantons. Ohne Rücksicht auf Verluste wurden in den letzten Jahren die Steuern gesenkt. Und bis 2010 soll es in ähnlichem Stil weitergehen.

### Veränderungen 2002 bis 2010

Jahr	Massnahmen	Ausfälle	Leistungsabbau
2002	Steuerfussreduktion 1/20	- 25 Mio.	
2003	Steuerfussreduktion 3/20	- 75 Mio.	
2004	Plafonierung Prämienverbilligung		10 bis 20 Mio.
2004	Sparpaket		90 Mio.
2005	Steuergesetzrevision	* - 28 Mio.	
2006	verwaltungsinternes Verzichtpaket		50 Mio.
2006	Steuerfussreduktion 2/20	- 50 Mio.	
2006/08	Reform 06		40 Mio.
2008	Steuergesetzrevision	- 50 Mio. *	
2009	Ausgleich kalte Progression	- 30 Mio. *	
2010	Halbierung Vermögenssteuer	- 45 Mio. *	
Total		-303 Mio.	bekannt: 180 Mio. (ohne Plafonierung Prämienverb.)

\* analoge Ausfälle. bei den Gemeinden (total rund 150 Mio.)

Dieser Leistungsabbau fügt dem Kanton grossen Schaden zu. Wer bisher das Gegenteil behauptet hat, wird spätestens durch die „Reform 06“ eines besseren belehrt. Dass die Regierung bei der Präsentation der „Reform 06“ mit keinem Wort auf die Steuersenkungen hingewiesen hat, ist äusserst befremdend.

## Die Reform 06

Die Arbeiten der Spezialkommission und der Regierung belegen in erster Linie eines: Der Kanton Luzern leistet sich keine unnötigen, überflüssigen oder gar luxuriösen Angebote. Gegenteilige Erkenntnisse wären überraschend gewesen. Nach der Plafonierung der Prämienverbilligung, der Streichung der Beiträge an die Musikschulen, der Kürzung der Sozialhilfe, Dutzenden von gestrichenen Stellen und weiteren massiven Verschlechterungen für das Personal hätten solche Funde wie eine riesige Ohrfeige an die bereits Betroffenen gewirkt.

Die Bilanz von Reform06 fällt für uns zwiespältig aus. Einzelne Projekte scheinen uns durchaus prüfenswert, anderen können wir gar nichts abgewinnen.

Unsere Zustimmung finden die Massnahmen unter dem Titel „Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen“ und „Verbesserung der Abläufe“. Diese Massnahmen sind aber finanziell von geringer Bedeutung.

Bei den finanziell gewichtigen Massnahmen hingegen sind wir mehr als skeptisch. Die Schliessung des Naturmuseums lehnen wir ab. Die Schliessung des Akutspitals Wolhusen und der Höhenklinik Montana gefährden unserer Meinung nach die medizinische Grundversorgung für alle. Und der Abbau von insgesamt 300 Stellen ist aus Sicht der SP nicht akzeptabel.

## Arbeit der Kommission

Die absolute Geheimhaltung während der Erarbeitung (und weit darüber hinaus!) erachten wir als sehr problematisch. Wir sind auch in schwierigen Situationen für Offenheit. Wir sind überzeugt, dass nur mit Transparenz und damit auch mit Wertschätzung den Betroffenen gegenüber tragfähige Lösungen möglich sind. Die Politik wird durch Geheimnistuerei und das darauf folgende Platzenlassen von Bomben nicht glaubwürdiger. Im Gegenteil, der politische Schaden ist immens. Das Vertrauen in Entscheidungsträger, in Vorgesetzte und in die Politik leidet massiv. Das ist keine Grundlage für konsensorientierte Lösungsstrategien.

## Bilanz der Finanzpolitik

Die SP Kanton Luzern hält fest:

1. Die Steuersenkungen seit 2002 mussten und müssen mit dem Abbau von staatlichen Leistungen erkauft werden. Das Gleiche gilt für die angekündigten Steuersenkungen bis 2010. Ausnahmen sind nur

- die Steuergesetzrevision von 2008, die über den neuen nationalen Finanzausgleich finanziert ist und
- die Hälfte der linearen Steuersenkung von 2006, die sich der Kanton dank seinem Anteil am Nationalbank-Gold leisten kann.

2. Steuern finanzieren nicht nur staatliche Leistungen, sie sollen auch die Ungleichheit der Gesellschaft reduzieren. Das ist gewollt – das ist gelebte Solidarität zwischen Wohlhabenden und finanziell schwächer gestellten Personen. Wohlhabende zahlen mehr an Steuern ein als sie an Leistungen beziehen. Bei Personen mit bescheideneren Einkommen ist es umgekehrt: Sie erhalten vom Staat mehr an Leistungen als sie via Steuern bezahlt haben.

3

Leistungsabbau bedeutet darum, dass Steuerpflichtige mit tiefen und mittleren Einkommen für jeden Franken Steuerersparnis mit mehreren Franken Leistungsverzicht bezahlen. Familien mit zwei Kindern profitieren von linearen Steuersenkungen nur dann, wenn sie mehr als etwa 150'000 Franken netto verdienen.

Aus Sicht der SP ist erwiesen: Die bürgerliche Finanzpolitik wendet sich in immer grösserem Ausmass gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Die SP wird darum alles daran setzen, diese unsoziale Politik zu stoppen.

SP Kanton Luzern  
Luzern, 20.9.05

Rückfragen an:

Felicitas Zopfi, Fraktionschefin, Tel. 041 240 13 66

Jörg Häfliger, Co-Präsident SP Kanton Luzern, Tel. 041 420 33 54

Trix Dettling, Co-Präsidentin SP Kanton Luzern, Tel. 041 440 54 35